

Adenauers Bedenken gegen Direktverhandlungen mit den Sowjets

Adenauer beschäftigte sich seit dem Eingang der Note vor allem mit folgender Frage: Die Sowjets legten den Köder der Wiedervereinigung aus. Sie lockten in dieser Note, dass diplomatische Beziehungen zwischen Bonn und Moskau zur „Lösung der unregulierten Fragen beitragen werden, die ganz Deutschland betreffen und somit zur Lösung des gesamtnationalen Hauptproblems des deutschen Volkes – der Wiederherstellung der Einheit des deutschen demokratischen Staates – beitragen sollen.“ Sie brachten also den Botschafteraustausch in die Nähe des Dauerproblems Wiedervereinigung. Der Rechtsberater der Bundesregierung, Prof. Erich Kaufmann, las aus der Sowjetnote sogar heraus, dass der Kreml bereit sei, bei den Verhandlungen in Moskau „die Frage der Wiedervereinigung mit der Bundesregierung zu erörtern“. In der Länderabteilung des AA war man vorsichtiger und interpretierte diese Stelle nicht als ein Verhandlungsangebot, sondern richtigerweise nur als eine in Moskauer Augen natürliche Konsequenz, dass sich nämlich aus den diplomatischen Beziehungen letztlich, eines Tages, auch die deutsche Einheit entwickeln werde.⁵⁰

Der Köder der Wiedervereinigung

Die Sowjets hatten in den vergangenen Jahren nie aufgehört, mit der Möglichkeit der deutschen Einheit zu locken. Zuletzt war dies in der bereits erwähnten Erklärung der Sowjetregierung vom 15. Januar 1955 geschehen.⁵¹ Darin waren gesamtdeutsche Wahlen unter internationaler Kontrolle, eigene nationale Streitkräfte und die Einbeziehung der deutschen Wirtschaft in langfristige Industrialisierungspläne des Ostblocks, insbesondere Chinas, angeboten worden. Erstmalig war in der Erklärung vom Januar auch von der Normalisierung der Beziehungen zwischen

Moskau und Bonn, also von der Eröffnung von Botschaften, die Rede. Auch das Angebot einer internationalen Kontrolle der gesamtdeutschen Wahlen war ein Novum gegenüber der Stalinnote von 1952.⁵² Alle sowjetischen Angebote vor dem 7. Juni waren jedoch abhängig von der Ablehnung der Pariser Verträge, der Anerkennung der DDR und der Neutralität Gesamtdeutschlands.⁵³ Und nun erneuerte die Sowjetregierung ihren Vorschlag diplomatischer und engerer wirtschaftlicher Beziehungen, ohne die gerade ratifizierten Pariser Verträge als Hindernis zu nennen. Diese Moskauer Kursänderung wertete die Bundesregierung als Beweis dafür, dass ihre Politik der unbeirrten Westbindung sich nunmehr auszahlte. Die erste Reaktion aus Washington war identisch: Man sah die westliche Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion bestätigt.

Für Adenauer standen aber nicht die Spekulationen im Vordergrund, ob Moskau zu Konzessionen in der deutschen Frage oder auf wirtschaftlichem Gebiet bereit wäre, sondern die Frage, wie sich Direktverhandlungen mit Moskau auf sein Verhältnis zu den westlichen Verbündeten auswirken würden.⁵⁴ Er wusste, wie genau die Amerikaner die Bonner Beziehungen zu Moskau unter die Lupe nahmen. Im Februar hatte von Brentano, damals noch CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender, ein Interview gegeben, worin zu lesen stand, er halte es für möglich, dass Moskau demnächst gegenüber der Bundesregierung „die Frage der Wiedervereinigung anschneiden wird“. Dulles erkundigte sich sofort schriftlich, ob man in Bonn plane, mit den Sowjets über die Wiedervereinigung zu verhandeln. Brentano musste umgehend dementieren und versichern, bei eventuellen Gesprächen mit den Sowjets könne es sich nur um die „Bekanntgabe des Standpunktes“ der Bundesregierung handeln, keinesfalls jedoch um die Aufnahme zweiseitiger Verhandlungen, die von der Bundesregierung auch künftig abgelehnt würden. Selbst die Bekanntgabe ihres Standpunktes werde die Bundesregierung erst nach vorheriger Konsulta-

tion und Abstimmung mit ihren Vertragspartnern vornehmen.⁵⁵

Die alliierten Vorbehaltsrechte

Adenauer befürchtete, dass schon der Verdacht eines deutschen Sonderweges nach Moskau die Verantwortung der Alliierten für die Wiedervereinigung aus dem Lot bringen würde. Die Westmächte würden einerseits die Sorge haben, dass der Wunsch der deutschen Bevölkerung nach nationaler Einheit stärker werden könnte als die bisher erreichte Bindung an den Westen. Das war die sogenannte Rapallo-Furcht. Andere Stimmen im Westen würden es begrüßen, wenn sie die lästige und unlösbare deutsche Frage nicht mehr als Vorbedingung für jede Art der Ost-West-Verständigung behandeln, sondern den Direktgesprächen zwischen Moskau und Bonn überlassen könnten. Das war der Überdruß an der deutschen Frage. Adenauer wollte beides vermeiden. Er hielt das politische, wirtschaftliche und militärische Gewicht der Bundesrepublik für zu gering, um den Sowjets so schwierige Konzessionen wie Fortschritte in der Wiedervereinigung abzuhandeln. Das Thema Wiedervereinigung musste von den vier Siegermächten verhandelt werden. Sie hatten die deutsche Teilung herbeigeführt, und sie sollten dafür sorgen, dass sie wieder beseitigt würde.

Er konnte sich dabei auf die Abmachungen der Alliierten berufen. In Potsdam hatten sich die Siegermächte 1945 geeinigt, die Frage der endgültigen Grenzen und der späteren Gestaltung Deutschlands und Berlins erst in einem künftigen Friedensvertrag zu regeln. Dieser Komplex wurde aus der Souveränitätserklärung im Deutschlandvertrag von 1952/54 ausgeklammert. Bis zum „2+4-Vertrag“ von 1990 galt die oft wiederholte Vorbehaltsklausel, wonach den Siegermächten die „Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen

Regelung“ vorbehalten blieben.⁵⁶ Für die CDU-geführten Bundesregierungen ergab sich daraus die Schlussfolgerung, dass allein die Vier Mächte für die Wiedervereinigung verantwortlich seien. Nur sie hätten die vertragliche Verpflichtung wie auch das politische Gewicht, über die deutsche Einheit zu verhandeln. Bonn sei kein Verhandlungspartner für die deutsche Frage, sondern müsse sich darauf beschränken, dieses ungelöste Problem bei den Alliierten immer wieder in Erinnerung zu rufen. Die SPD und die FDP Dehlers dagegen sahen es schon damals, als die FDP noch Koalitionspartner Adenauers war, als die wichtigste Aufgabe der Bundesregierung an, mit allen vier Siegermächten über Wege zur deutschen Einheit zu verhandeln, auch wenn die Entscheidungsgewalt letztlich bei den Siegern lag. Auch innerhalb seiner eigenen Partei musste sich Adenauer die Ratschläge von Jakob Kaiser wie auch von Eugen Gerstenmaier anhören, die Initiative in der deutschen Frage nicht nur den Alliierten zu überlassen.⁵⁷

Adenauer aber sah damals vor allem die Gefahr, dass sich die Vier Mächte auf Kosten Deutschlands einigen könnten, indem sie den Status quo der deutschen Teilung zur Grundlage eines Sicherheitskonzepts für Zentraleuropa machten. Er spürte die neue Denkweise in den westlichen Hauptstädten, wo man begann, nicht mehr die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern die Erhaltung des Friedens und den Abbau der Spannungen zwischen den Blöcken für die wichtigste außenpolitische Aufgabe zu halten. 1955 waren die Folgen der damals neuen internationalen Entspannungspolitik für die deutsche Teilung noch nicht deutlich sichtbar. Erst als die westliche Untätigkeit bei der Unterdrückung des ungarischen Aufstands von 1956, beim Bau der Berliner Mauer 1961 und beim Niederwalzen des Prager Frühlings 1968 gezeigt hatte, dass der Westen den sowjetischen Besitzstand keinesfalls antasten würde, gab es keine realistische Alternative mehr zu Direktverhandlungen mit Moskau über die deutsche Einheit, zu denen

sich die sozial-liberale Koalition 1969 zusammenfand. Auch die Bundesregierung unter Willy Brandt respektierte die alliierten Vorbehaltsrechte. Für sie waren diese Rechte jedoch nur ein Entscheidungsvorbehalt und nicht ein Verhandlungsvorbehalt.

Für den Kanzler des Jahres 1955 aber war es ein unumstößlicher Grundsatz, dass er den westlichen Alliierten die ausschließliche Verhandlungsführung zu überlassen hatte, nicht nur wegen ihrer Vorbehaltsrechte, sondern weil er sie so immer wieder in die Verantwortung nehmen konnte, die Deutschen nicht zu vergessen, sondern Fortschritte in der Wiedervereinigung zu erzielen. Diese Überlegungen machten es unabdingbar, dass der Kanzler vor einer endgültigen Entscheidung und vor einer Antwort auf die Sowjetnote zuerst ausführliche Gespräche mit den Amerikanern, Briten und Franzosen führte.

Konsultationen mit den Westmächten

Der Kanzler fuhr also nach Amerika zu politischen Gesprächen mit der Regierung in Washington und zur Teilnahme an der Konferenz der drei Außenminister in New York. Es hätte nahe gelegen, nicht nur seinen vertrauten Berater Blankenhorn, sondern auch seinen neuen Außenminister mitzunehmen, schon um ihn seinen drei Kollegen in New York förmlich vorzustellen. Aber man wird sich an Adenauers Brief erinnern müssen, den er im Mai von der Bühlerhöhe an von Brentano geschrieben hatte und in dem er sich den Kontakt mit Dulles und „die Angelegenheiten der USA“ vorbehalten hatte.⁵⁸

Der Kanzler hatte sich für seine Gespräche mit den westlichen Alliierten folgende Linie vorgezeichnet:

- Er werde nicht umhin können, die Einladung nach Moskau anzunehmen. Der Erwartungsdruck in der deutschen Bevölkerung sei zu hoch, um ablehnen zu können.